

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 1. Februar 2018.

Als Nachfolger für Bürgermeister Günter Karen-Jungen (BÜ 90), der sein Ratsmandat niedergelegt hat, wurde Susanne Ott (BÜ 90) als neues Ratsmitglied verpflichtet. Wolfgang Scheffler wurde als 3. Ehrenamtlicher Stellvertreter des Oberbürgermeisters als Nachfolger von Günter Karen Jungen in geheimer Wahl mit 67 Stimmen (3 nein, 3 Enthaltungen) gewählt. Nach Kritik an der Aktualität ihrer Anfrage "Kreditkartengebühren bei Taxifahrten" zog die FDP ihre Anfrage zurück.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund aktueller Anfragen von BÜ 90 und Linken zum **möglicherweise restitutionsbehafteten Gemälde** „Sonnenuntergang an der Nordsee“ von Heinrich Heimes erläuterte die Verwaltung, dass dieses Werk dem Museum Kunstpalast 1961 geschenkt wurde. Es gibt Ähnlichkeiten mit einem in der Lost Art-Datenbank eingestellten Foto eines Gemäldes „Abendstimmung an der Nordsee“ mit leicht unterschiedlichen Größenangaben. Es wurden 35 Gemälde ermittelt, die über die Galerien von Julius und Max Stern erworben wurden, davon 30 vor 1933 und 5 zwischen 1933 und heute. Seit 2010 wurden fünf Provenienzforschungsprojekte durchgeführt. Das Selbstbildnis von F.W. Schadow wurde eindeutig identifiziert, es ist jetzt als Leihgabe im Stadtmuseum. Im Oktober 2016 wurde eine Planstelle Provenienzforschung eingerichtet.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zum **Altstadtpflaster** teilte die Verwaltung mit, dass die Straßen regelmäßig kontrolliert und Schäden beseitigt werden. Die Schäden sind Folge der extremen Belastung, insbesondere durch den erheblichen Reinigungsaufwand und das Rangieren der Lieferanten. Hinzu kommen Beschädigungen durch Nutzer. Die schlichte Betonqualität der Platten entspricht der DIN. Die gebundenen Fugen haben sich nicht bewährt. Derzeit bei Reparaturen hergestellte ungebundene Fugen durch Sand sind zwar dauerhafter aber pflegeaufwändiger. Für die noch herzustellen Flächen am Bolker Stern und in der Hunsrückenstraße sollen robustere Varianten mit möglichst gleichwertigen Materialien gefunden werden. Für die Bolker Straße soll ein Konzept für eine nachhaltige Oberflächenbefestigung ermittelt werden. Derzeit sind Varianten in Prüfung wie kleinere Formate und stärkere Steine. Ein einheitlicher Eindruck soll bestehen bleiben. Bemusterungen sollen erfolgen.

Die Linken fragten nach den **Abschiebungen**. 2017 wurden 158 Personen abgeschoben, hauptsächlich nach Albanien, Marokko, Kosovo, Russland, Serbien, Iran, Irak, Mazedonien, Tadschikistan.

Bericht aus der Kleinen Kommission Kö-Bogen

Die Bauarbeiten für die Offenlegung der Düssel verzögerten sich aufgrund des Hochwassers. Der Gesamtzeitrahmen für die Fertigstellung ist hierdurch aber nicht gefährdet. Der südliche Teil der Hofgartenpromenade wird in naher Zukunft weitestgehend fertiggestellt sein. Nach vollständiger Verlegung des Pflasters sind noch 6-7 Baumreihen zu pflanzen.

Die Spezial-Baumaßnahmen für die Tiefengründung des Projekts Kö-Bogen II werden bald abgeschlossen. Die Bauarbeiten verlaufen planmäßig.

Die Baugenehmigung für den Hochbau des Projekts Kö-Bogen II ist inzwischen erteilt. Auch die Abstimmung mit der Baumaßnahme Schauspielhaus verläuft planmäßig.

Die Abstimmungen zwischen der Stadtverwaltung und den beteiligten Planungs- und Architekturbüros zur Oberflächengestaltung des Gustaf-Gründgens-Platzes laufen. Die vorläufigen Ergebnisse werden voraussichtlich in der nächsten Sitzung der Kleinen Kommission Kö-Bogen vorgestellt und können dann anhand möglicher Bemusterungen im Gremiendurchlauf entschieden werden.

Bericht aus der Kleinen Kommission Rhein-Ruhr-Express (RRX)

Die Kommission hat sich intensiv mit den gutachterlichen Prüfergebnissen und Stellungnahmen zu den Prüfaufträgen des Rates vom 10. März 2017 (bautechnische Fragestellungen, Baukosten, städtebaulichen Auswirkungen, Lärmschutz und schalltechnischer Variantenvergleich) beschäftigt.

Die Kleine Kommission verständigte sich darauf, die gutachterlichen Prüfergebnisse in den Fachausschüssen, wie von der Verwaltung vorgesehen, vorzustellen und diskutieren zu lassen, jedoch die Entscheidung über die Beschlussvorlage um einen Beratungszyklus nach hinten zu verschieben. Die Entscheidung soll in der kommenden Ratssitzung am 22. März getroffen werden.

Die Kommission hat ergänzende gutachterliche Stellungnahmen eingeholt hinsichtlich der Schallschutzwirkung, des Flächenverbrauchs, der Bauzeit und der Kosten zur Lärmschutzvariante mit einer zusätzlichen 3. Schallschutzwand sowie zur bodengleichen Einhausungsvariante (sprich: Tunnellösung).

Die mündlichen Auskünfte und Ersteinschätzungen konnten, wie zugesagt, in den Ausschüssen gegeben werden. Die schriftlichen Ausarbeitungen sind in Bearbeitung.

Ende Februar bzw. Anfang März soll eine gemeinsame Sondersitzung der Ausschüsse Ordnung und Verkehr, Planung und Stadtentwicklung sowie Umwelt zur RRX-Planung in Angermund stattfinden. Aktuell läuft die Terminabstimmung. Die CDU regte an, auch die Bezirksvertretung 5 hierzu einzuladen.

Der Kleinen Kommission wurde der Entwurf einer von der Stadt angestrebten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und der DB AG zum Planfeststellungsabschnitt 2.1 Reisholz-Wehrhahn vorgelegt. Diese Verhandlungsgrundlage, mit der die Verwaltung in die Verhandlungsgespräche mit der DB AG eintreten möchte, fand die breite Zustimmung der Kleinen Kommission. Verhandlungsführer der Stadt wird Herr Rechtsdezernent Zaum sein. Die Verwaltung strebt einen Abschluss der Vereinbarung im 2. Quartal 2018 an.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der CDU, zu prüfen, ob die „**Flossis**“ aus wetterfestem Material nachgebildet werden können mit dem Ziel, sie wieder an der Speditionsstraße 15 und 15 a oder anderer Stelle anzubringen, wurde von SPD, BÜ 90, FDP abgelehnt, nachdem die CDU nicht damit einverstanden war, den Antrag zur weiteren Beratung in die Kunstkommission zu verweisen. Die Fraktionen SPD, FDP, BÜ90 kündigten an, das Thema in die Kunstkommission einzubringen.

Der Antrag der CDU, das Krisenmanagement zum **Sturm Friedrike** zu bewerten und zu optimieren, fand keine Mehrheit.

Herr Stadtdirektor Hintzsche hatte zuvor erklärt, dass an unterschiedlichen Stellen Optimierungen vorgenommen werden. Während es für Outdoor-Veranstaltungen klare Regelungen gibt, wie z.B. bei Sturm oder Gewitter zu verfahren ist, müssen diese für andere Situationen erarbeitet werden. Der Stadtdirektor hielt die „Nichtentscheidungs-bündelung“ bei landesweiter Gefährdungslage für falsch. Die Bezirksregierung hatte lediglich über die Regelungen des Schulgesetzes informiert. Er wies darauf hin, dass rd. 10 % der Schüler Ersatzschulen besuchen und Schulträger nur Empfehlungen geben können. Die Entscheidung zur Schließung der Schulen wurde getroffen, als viele Kinder schon auf dem Schulweg waren, viele wurden noch vor Schulbeginn abge-

holt. Wer nicht abgeholt wurde, wurde bis Sturmende in der Schule betreut. Der Zeitpunkt der Einstellung des Rheinbahn-Betriebes muss künftig abgestimmt werden. Die Verwaltung habe bereits begonnen, hieraus ihre Lehren zu ziehen.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss einstimmig, 20 % (2,3 Mio. Euro) der **ÖPNV-Pauschale des Landes** für den barrierefreien Ausbau von Haltestellen zu verwenden sowie 30 % (3,4 Mio. Euro) für neuwertige und barrierefreie Fahrzeuge und 50 % (5,7 Mio. Euro) für investive Maßnahmen den Verkehrsunternehmen zu gewähren.

Der Rat beschloss einstimmig die Anpassung des **Friedhofsentwicklungskonzeptes für den Friedhof Itter**. Im nördlichen Bereich werden ausgebaut Flächen von 2.000 qm künftig für muslimische Beisetzungen genutzt.

Der Rat beschloss die **Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage**:

- am 18.3. aus Anlass der Messe ProWein in den Stadtteilen Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt (47 ja, 26 nein),
- am 6.5. aus Anlass des Maimarktes für Verkaufsstellen in Benrath auf dem Marktplatz, der Haupt-, Görres-, Cäcilien-, Börchem-, Friedhof-, Sistenich- und Heubestraße (gegen Linke, Pirat, 1 SPD).

Der Rat beschloss einstimmig **den Lärmaktionsplan II**. Vornehmlich an 29 Straßenabschnitten sollen Lärmbelastungen reduziert werden. Hier sollen mittel- und langfristig konkrete Maßnahmen entwickelt werden. Für die Haushaltsjahre 2018 und folgende sind jeweils 1,2 Mio für aktiven und passiven Lärmschutz vorgesehen. Hier ist der Plan:

https://ratsinfo.duesseldorf.de/ratsinfo/duesseldorf_m/Proposal.html?select=71764

Personalien

Der Rat

- ersetzte Patrick Schiffer (früher Piraten, jetzt BÜ 90) im Schulausschuss durch Elke Fobbe (SPD);
- ernannte die stellvertretende Leiterin des Kulturamtes, Frau Dr. Petra Winkelmann, (Vertreter Leiter des Stadtarchivs, Herrn Dr. Benedikt Mauer) in das Kuratorium der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-osteuropäisches Forum;
- wählte Joachim Daube als Schiedsmann für den Schiedsgerichtsbezirk Eller, Lierenfeld;
- empfahl dem Vorstand der Industrieterreins Düsseldorf-Reisholz AG (IDR AG) anstelle von Ratsfrau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (MdB) Ratsherrn Manfred Neuenhaus für den Anteilseigner IDR AG in den Aufsichtsrat der Messe Düsseldorf GmbH zu entsenden;
- berief als Nachfolger von Beat Wismer Herrn Dr. Felix Krämer als Fachjuror in die Jury Förderpreis für bildende Kunst;
- wählte die stimmberechtigten Delegierten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW. Die SPD wird vertreten durch Bergit Fleckner-Olbermann und Matthias Herz;
- wählte anstelle von Günter Karen-Jungen Iris Bellstedt (BÜ90) in den Beirat der Bädergesellschaft Düsseldorf mbH;
- sprach sich für die Neubesetzung der Gremien durch Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrates aus.

Bauen

Der Rat beschloss einstimmig die Ausführung und Finanzierung des folgenden Projektes:

- **Marktplatz 1-3, Erneuerung der Lüftungs- und Klimatechnik** mit Gesamtkosten von 3,77 Mio Euro. Die Mittel werden überplanmäßig bereitgestellt. Die Arbeiten werden bis Ende des Jahres durchgeführt.

-

Planungsrecht

Der Rat

- beschloss die Änderung des Bebauungsplanes **Selbecker Straße (Rath)**. In einem brachliegenden 2,5 ha großen Teilgebiet, das bisher als Kerngebiet ausgewiesen ist, wird nun Baurecht für 220 Wohnungen in 4 bis 6-geschossigen Gebäuden nebst Tiefgaragen, eine dreizügige Kindertageseinrichtung und Ladenflächen für die Nahversorgung geschaffen. Über einen städtebaulichen Vertrag wird sichergestellt, dass 20 % der Wohnungen öffentlich gefördert und 20 % im preisgedämpften Wohnungsbau errichtet werden (gegen Linke, Pirat);
- beschloss den Bebauungsplan **Kölner Straße/Moskauer Straße (Oberbilk)**. Auf dem 4,5 ha großen Gelände des ehemaligen Postverteilzentrums wird ein urbanes Nutzungsgemischtes Quartier mit vier unterschiedlichen Baufeldern und Baurecht für rd. 1.000 Wohnungen geschaffen. 30 % der Wohnungen werden im öffentlich geförderten Wohnungsbau (ca. 17.700 qm Wohnfläche), 20 % im preisgedämpften Wohnungsbau (ca. 13.500 qm Wohnfläche) entstehen. Parallel zur Bahn entsteht ein Parkhaus. Hier und an der Tunnelunterführung der Kölner Straße wird ein Mischgebiet (8-9 Geschosse) ausgewiesen, um Hotel, Supermarkt, kleinteiligen Einzelhandel und Fitnesscenter zu ermöglichen. Betreutes Wohnen, gastronomische Nutzungen, quartiersbezogene Dienstleistungen, ein Quartiersbüro oder ein Fahrradparkhaus können die Nutzungen ergänzen. Entlang der Kölner- und Erkrather Straße werden vier bis siebengeschossige Gebäude entstehen. Drei Hochhäuser mit 18-19 Geschossen und ca 60 m Höhe werden an stadträumlich prägnanten Stellen positioniert. Es werden zwei Kindertageseinrichtungen mit insgesamt 7 Gruppen errichtet. Stellplätze werden unterirdisch und in Parkhäusern angelegt. Die innere Erschließung erfolgt über private Flächen, die weitgehend von Kraftverkehr frei bleiben sollen. Die Anbindung soll über eine Tiefgaragenzufahrt am neuen Teilstück der Moskauer Straße und über Zu- und Abfahrten an der Erkrather Straße erfolgen. Die Anlieferung des Hotels und des Einzelhandels erfolgt über eine bahnparallele Erschließung von der Hotelvorfahrt an der Kölner Straße aus. Kleinkinderspielflächen werden in den Wohnhöfen, auf begrünten Dachflächen und entlang der Wohnwege angelegt. Für Kinder aller Altersstufen wird im IHZ-Park eine weitere 3.100 qm große Spielfläche durch den Investor ausgestattet (gegen Linke);
- verlängerte einstimmig die **Veränderungssperre für das Gebiet Vogelsanger Weg** um zwei Jahre. Zur Zeit wird ein Bebauungsplan erarbeitet, der ergänzende Wohnnutzungen im Plangebiet vorsieht. Außerdem soll eine Steuerung des Einzelhandels erfolgen.

Da während der Sitzung die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen kann und mir durchaus Fehler unterlaufen können, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen, darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer